

Regierungspräsidium Tübingen

- Referat 82 -

Datum: 04.10.2017
Az.: 82/8881.64-LK ADK
Bearbeiter: Monika Grüntjens
Durchwahl: 07071 602-6253

An das
Referat 51
Im Hause

per E-Mail: Frederic.Korbel@rpt.bwl.de

Betr.: Scopingtermin Roter Hau II 05.10.2017

Sehr geehrter Herr Korbel,

zu den vorgelegten Unterlagen nimmt das Referat 82 wie folgt Stellung:

Für den Bereich der Erd- und Bauschuttdeponie „Roter Hau II“ ist ein Antrag auf Planfeststellung im Zusammenhang mit der geplanten Erhöhung der bestehenden Deponie und der Umwidmung eines Teilbereichs der Deponie von DK 0 in DK 1 gestellt. Wie bereits beim Scoping-Termin im Oktober 2015 dargelegt, sind hiervon forstliche Belange betroffen, die wiederum auch bei der aktuell durchzuführenden UVP zu berücksichtigen sind. Da der LBP nicht aktualisiert vorgelegt wurde, kann derzeit auch nicht geprüft werden, ob die vorgebrachten Punkte berücksichtigt wurden.

Es ergehen daher folgende Hinweise zu den vorgelegten Scoping-Unterlagen sowie zum Inhalt und Umfang der Umweltverträglichkeitsprüfung:

Hinweise zur Umweltverträglichkeitsprüfung

1. Die zur Überhöhung vorgesehene Fläche betrifft bereits rekultivierte/wiederaufgeforstete Bereiche. Die hiervon betroffene Waldfläche (Holzbodenfläche, Stadtwald Ehingen) ist flächenmäßig zu bilanzieren und kartenmäßig darzustellen.
 - Waldflächen dürfen gemäß § 11 LWaldG nur mit Genehmigung der höheren Forstbehörde temporär in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden. Im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens wird die Umwandlungsgenehmigung durch den Planfeststellungsbeschluss ersetzt (Konzentrationswirkung). Die Planfeststellungsbehörde ist jedoch an die materiellen Vorschriften des § 11 LWaldG gebunden. Diesbezügliche Inhalts- und Nebenbestimmungen werden wir daher zu gegebener Zeit mitteilen. Wichtige Eckpunkte können auch bereits unserer Stellungnahme aus dem Jahr 2015 entnommen werden.
 - Die Darstellung der Waldfläche sollte auf Basis der Geodaten der sog. Forsteinrichtung abgebildet werden. Inhaltlich werden hier die von der Forstverwaltung kartierten Waldflächen i.S. § 2 LWaldG erfasst. Ansprechpartner für den Bezug der digitalen Geodaten ist Herr Tobias Mathow (tobias.mathow@rpf.bwl.de; 0761/208-1314). Gegebenenfalls sind in

Randbereichen zwischenzeitlich weitere Waldflächen hinzurechnen; um Abstimmung mit der unteren Forstbehörde wird gebeten.

2. Der „Lageplan-Planung“ weist im Westen Flächen aus, die nach hiesiger Einschätzung nicht über eine befristete, sondern über eine dauerhafte Waldumwandlung (§ 9 LWaldG) zu erfassen sind. Dies betrifft z.B. das Regenklärbecken. Die dauerhaft in Anspruch genommenen Waldflächen sind gesondert flächenmäßig zu bilanzieren; der Waldflächenverlust ist schutzgutbezogen abzuarbeiten. Die forstrechtliche Ausgleichsverpflichtung (mindestens flächengleiche Ersatzaufforstung) werden wir zu einem späteren Zeitpunkt abschließend festlegen können. Die Ausführungen zur Konzentrationswirkung der Planfeststellung für Waldumwandlungen nach § 11 LWaldG gelten ebenfalls auch für Vorhaben nach § 9 LWaldG.

Anmerkungen:

Im Westen wird die Grenze der Planfeststellung kleinflächig überschritten z.B. auch im Bereich des Regenklärbeckens. Hiervon sind Waldflächen betroffen. Es wird um Klarstellung gebeten, ob Waldinanspruchnahmen in diesen Bereichen geplant sind. Infolgedessen wäre neben der Planfeststellung auch die Erteilung einer Waldumwandlungsgenehmigung durch die höhere Forstbehörde notwendig. Alternativ wäre die Neuabgrenzung der Planfeststellung zu prüfen.

Es fehlen Zeichenerklärungen in der Legende zur Karte (Lageplan – Planung). Nördlich des Regenklärbeckens ist eine hellgrün hinterlegte Fläche im Bereich vorhandener Waldflächen dargestellt, die nicht erklärt ist.

3. Durch das Vorhaben verlängern sich die ursprünglich vorgesehenen Rekultivierungszeiträume. Es ist darzulegen, über welchen Zeitraum ehemalige Waldflächen offenliegen. Die forstrechtlichen Umwandlungsgenehmigungen stammen aus dem Jahr 1988. Die ehemaligen Waldflächen im Bereich „Roter Hau II“, liegen bei einer unterstellten Verfüllung bis in ca. 20 Jahren somit voraussichtlich länger als 50 Jahre offen. Dieser Umstand ist im Rahmen der UVP und der Überarbeitung des LBP zu bewerten.
- Die Scoping-Unterlagen führen hierzu aus, dass sich die Rekultivierung infolge der geplanten Maßnahmen nicht verzögert. Dem können wir aus forstrechtlicher Sicht nicht zustimmen.
 - Wegen der längerfristigen Inanspruchnahme von Waldflächen (> 25 Jahre) ist forstrechtlich noch zu prüfen, in welchem Umfang ein zusätzlicher Ersatz notwendig ist. Dies würde im Rahmen der Planfeststellung festzusetzen sein. In der Regel wird eine Ersatzaufforstung im Umfang von 50% der Bezugsfläche gefordert.
4. Der überplante Bereich ist nach derzeitiger Erkenntnis als Bodenschutzwald und Sichtschutzwald kartiert. Geschützte Waldbiotope liegen im näheren Umfeld. Neben der Waldfläche sollten daher die Waldbiotop- und die Waldfunktionenkartierung als weitere Grundlagen im Rahmen der UVP berücksichtigt und bei den betroffenen Schutzgütern entsprechend abgearbeitet werden (Quelle: UVwG Anlage 2, Ziffer 2.3.14).

Die Daten hierzu können Ihnen von der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden Württemberg, Abt. Waldnaturschutz, Wonnhaldestraße 4 in 79100 Freiburg i.Br. (<http://www.fva-bw.de>) gegen Abschluss eines Nutzungsvertrages zur Verfügung gestellt werden.

Ansprechpartner ist: Herr Arno Röder; Arno.Roeder@forst.bwl.de; 0761/4018-188
Die Daten können online bestellt werden: <http://geodaten.fva-bw.de>

Hinweis:

Waldschutzgebiete oder Wildtierkorridore nach dem Generalwildwegeplan liegen nicht im Bereich des Vorhabens.

Bei den gesetzlichen Grundlagen sollte das LWaldG aufgeführt werden.

5. Es ist darzulegen, bis wann die forstliche Rekultivierung abgeschlossen werden soll.
 - In den Unterlagen ist lediglich ausgeführt, dass die Deponiefläche bis in ca. 20 Jahren verfüllt ist.
 - Die Planfeststellung ist zu befristen; somit sind auch Zeitfenster für den geplanten Abschluss der Rekultivierung und der Wiederaufforstung zu benennen. Die bereits erteilte Waldumwandelungsgenehmigung für den gesamten Bereich Roter Hau II muss im Rahmen der Planfeststellung formal verlängert werden (Die forstrechtliche Genehmigung aus dem Jahr 1988 war bis 1991 befristet).
6. Der kartografisch dargestellte Bereich der geplanten Überhöhung liegt unmittelbar an der räumlichen Grenze der beantragten Planfeststellung und grenzt zudem unmittelbar an bestehende Waldflächen an. Im Rahmen der UVP und der begleitenden Überarbeitung des LBP ist darzulegen, dass die Waldflächen außerhalb der Planfeststellung nicht in Anspruch genommen werden (z.B. durch Erdauftrag im Rahmen der Geländemodellierung).
 - Werden Waldflächen außerhalb der Planfeststellungsgrenze befristet in Anspruch genommen ist die erneute eigenständige Erteilung einer Waldumwandelungsgenehmigung durch die höhere Forstbehörde notwendig. Alternativ ist die Neufestsetzung der Planfeststellungsgrenze zu prüfen.
7. Im Scoping-Papier wird ausgeführt, dass sich hinsichtlich der Folgenutzung „Wiederaufforstung mit standortsgerechtem Wald“ keine Änderungen ergeben und dass auf Deponien nur flachwurzelnde Bäume gepflanzt werden, um die Abdichtung nicht zu gefährden. Des Weiteren ergeht ein Hinweis auf den LBP, der jedoch den Unterlagen nicht beigelegt ist. Laut diversen Plänen ist ein Erdauftrag von 2,0 m Mächtigkeit vorgesehen.

Hierzu ist anzumerken:

Im Bereich der Oberflächenabdichtung sollte ein Erdauftrag in einer Mächtigkeit von mind. 2,5m (inkl. humosem Oberboden) erfolgen. Dies sollte erfolgen, um Grundanforderungen an die nutzbare Feldkapazität (nFk) gerecht zu werden, da die Wasserversorgung der Aufforstungen nicht vom Grundwasser gespeist wird und andererseits um die Gefahr des Einwachsens von Baumwurzeln weitestgehend ausschließen zu können. Die oberen 1,5 m Erdmaterial sind verdichtungsfrei einzubauen. Im Bereich *nicht*-oberflächenabgedichteter Bereiche reicht ein Erdauftrag in einer Mächtigkeit von insgesamt ca. 1,5 m bis 1,8 m (inkl. humosem Oberboden).

Sonstige Hinweise:

In der Karte „Detail 1“ Oberflächenabdichtung ist vermerkt, dass die Bepflanzung in Abstimmung mit dem Forstamt Ehingen erfolgt. Korrekt müsste es heißen in Abstimmung mit der Unteren Forstbehörde beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Grüntjens